

INFO-PARTNER



Zur Neubestimmung der Aufgabe von Hochschulen

In globale Netzwerke verstrickt

Überall auf der Welt ist der Wundel von einem Warenproduktions- zu einem Finanz- und Wissens-Dienstleistungssektorlschluß im Gang. Er bedeutet aber nicht überall auf der Welt dasselbe. Im Medium der Kultur wird er geprägt von und diversifiziert. Der Autor sieht aus Sicht einer privaten Universität möglichst keine Reaktionen auf diese Situation aus.

Paradigma für verschiedene Disziplinen

Daneben findet sich – leicht zeitverschoben – die Idee des Netzwerkes auch in anderen akademischen Disziplinen: in den Sozialwissenschaften und besonders in der Soziologie und Ökonomie. 1974 publizierte der damalige Sozialanthropologe an der Universität Amsterdam, Jeremy Boissevain, ein Buch mit dem Titel «Friends of Friends. Networks, Manipulators and Coalitions». Darin schlug er vor, soziale Konfigurationen wie Koalitionen, Gruppen, Institutionen und Gesellschaft als Netzwerke von Personen zu verstehen, die Auswahlentscheidungen treffen und so um knappe, aber wertvolle Ressourcen konkurrieren. Aber auch in der Politikwissenschaft und Ökonomie findet sich seit den siebziger Jahren der Begriff Netzwerk als Schlüsselbegriff. Ursprünglich von Clyde Mitchell stadtsoziologisch auf gesellschaftliche Beziehungen in urbanen Situationen bezogen, wurde er schnell zu einem Grundbegriff, wie sich an seinem Auftreten in Lehrbuchtiteln der neunziger Jahre zeigt.

Und es kann gewiss nicht als Zufall gelten, dass das erste informationstechnologische Netzwerk ebenfalls Ende der sechziger Jahre als Vorläufer des Internet entstand: Im Auftrag des Pentagon wurden 1969 die Grossrechner von Universitäten in den Bundesstaaten Kalifornien und Utah experimentell zum sogenannten ARPAnet (Advanced Research Project Agency) vernetzt. Die Entwicklung dieses realen objektiven Netzes vom ARPAnet zum Internet mag einer der Gründe dafür sein, warum die Leitvorstellung des Netzes seit den sechziger Jahren nicht nur zu einem wissenschaftlichen, sondern auch zu einem lebensweltlichen Paradigma wurde. So verwundert es nicht, dass der in Berkeley lehrende spanische Soziologe Manuel Castells 1996 den ersten Band seiner grossen Trilogie über das Informationszeit-

alter mit dem Titel «The Rise of the Network Society» überschreiben konnte.

Gewinner und Verlierer

Leicht zeitverschoben, aber nicht unabhängig von der Entstehung des Netzwerkparadigmas hat das Konzept «Globalisierung» seinen Siegeszug angetreten. Zwar hat Ulrich Beck 1997 darauf hingewiesen, dass über das Unwort Globalisierung in Grossbritannien seit Mitte der achtziger Jahre lebhaft und produktiv gestritten werde und dass der «Globalisierungsschock» die Deutschen unvorbereitet getroffen habe. Daraus erklärt sich, warum in Deutschland der Eindruck entsteht, man sei in eine «Globalisierungsfalle» (Martin/Schumann) gegangen, aus der es nun Wege zu finden gelte (Dettling). Aber nicht nur die Verspätung der deutschen Diskussion, sondern auch das internationale Nord-Süd-Gefälle führte zu einer kritischen Rezeption der Globalisierung. Das *battle* von Seattle und zahllose andere Proteste gegen Globalisierungsagenturen wie World Bank oder World Trade Organization machten darauf aufmerksam, dass es sich bei dem mit diesem Begriff bezeichneten Vorgang um einen ziefst ambivalenten Prozess handelt, bei dem es Gewinner und Verlierer geben wird.

Wer von «Globalisierung» spricht, denkt zunächst an einen ökonomischen Vorgang. Nun, da die Marktwirtschaft nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaft keinen natürlichen Feind mehr hat, scheint sie sich ungehemmt ausbreiten zu können. Es sieht so aus, als hätten wir endlich jenen Zustand erreicht, von dem der Doktor der Philosophie, Karl Marx, antizipierend sprach: den globalen Markt des freien Welthandels.

Auch schon eine nur oberflächliche Überlegung zeigt allerdings, dass ökonomische Globalisierung

ohne ihre wissenschaftlich-technischen Voraussetzungen gar nicht möglich werden können. Unsere postindustriellen Gesellschaften sind eben die besagten Netzwerkgesellschaften, und die wissenschaftlich-technischen Resultate wären bedeutsungs- und nutzlos für die Wirtschaft, wären sie nicht ihrerseits weltweit technologisch implementiert und vernetzt. Ohne Internet keine *global players* und ohne *global players* keine ökonomische Globalisierung.

Die Einsicht, dass wir in einer global vernetzten Welt leben, geht allerdings weder auf eine Erfindung der Ingenieure zurück, noch ist sie eine Folge des Internet. Sie verdankt sich vielmehr – jedenfalls in der Nordhemisphäre – einer ökologischen Erfahrung. Sowohl im Falle technologischer Katastrophen wie Tschernobyl als auch im Falle indirekter katastrophaler Auswirkungen der Anwendung von Technologie wie im Falle des *global warming* oder des Ozonlochs haben wir lernen müssen, dass unser Planet in der Tat ein *global village* ist – wenn auch in einem anderen Sinne als McLuhan sich das vorgestellt hatte. Dass andere Länder insbesondere in der Südhemisphäre hier andere Prioritäten setzen und oft den ökologischen Aspekt der Globalisierung eher nachrangig einordnen, erklärt sich daraus, dass Umweltdprobleme nur für Mitglieder ökonomisch saturierter oder übersaturierter Gesellschaften überhaupt sichtbar werden.

Globalisierung und Kultur

Bereits hieran lässt sich erkennen, dass Globalisierung auch eine politische Facette aufweist. Allerdings ist die hiermit angesprochene Dimension ihrerseits erheblich komplexer als die bisher genannten, da das politische Problem der Globalisierung nach Ansicht vieler Experten genau dar-

in liegt, dass in ihr die Bedeutung der traditionellen politischen Akteure, das heißt der National- und Territorialstaaten, abnimmt. Weder die weltweite Marktwirtschaft noch das Internet, weder genetische Veränderungen noch radioaktive Strahlung respektieren die Grenzen nationaler oder territorialer Souveränität, von der Legislation ganz zu schweigen. – Auch diese Reflexion bleibt allerdings eindimensional. Globalisierung geschieht nämlich nicht einfach so und aus dem Nichts, sondern sie steht immer im Zusammenhang einer bereits vorher existierenden vieldimensionalen Welt und löst daher auch ebenso viele unterschiedliche Reaktionen aus. Ich spreche in diesem Zusammenhang gerne von der «Dialektik der Globalisierung»: Zwar trifft zu, dass es sich dabei um einen gleichsam automatisch ablaufenden Uniformisierungsprozess handelt; die Kehrseite der Medaille besteht jedoch in ebenso starken kompensatorischen Gegenbewegungen: denjenigen der Regionalisierung und Lokalisierung. Für diese Dynamik hat Roland Robertson den Begriff «Glokalisierung» geprägt: Während die Globalisierung die Welt auf die Grösse eines Dorfes zusammenschrumpfen lässt, sieht es so aus, als ob Regionalisierung und Lokalisierung die Welt unglaublich erweiterten, was ihre Pluralität und Diversität betrifft.

Und nun zeigt sich auch, was das Medium ist, in dem sich diese Dialektik der Globalisierung ereignet: Es ist die Kultur. Ein und derselbe globalisierende Trend wird, wenn er auf verschiedene kulturelle Umwelten trifft, von diesen gebrochen und diversifiziert. So bedeutet die Tatsache, dass sich überall auf der Welt der Übergang von einer Warenproduktions- zu einer Finanz- und Wissens-Dienstleistungsgesellschaft ereignet, eben nicht überall auf der Welt dasselbe. – Anders: Wir

brauchen zum Verständnis der Welt weiterhin nicht nur die Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, sondern auch die Geisteswissenschaften und – die Philosophie.

Und die Universität?

Im Übergang zu einer in diesem Sinne beschriebenen Wissens-Dienstleistungsgesellschaft gilt, dass Universitäten sich ihrer Aufgabe als Wissens-Dienstleistungsinstitutionen bewusst werden müssen, und zwar unter Bedingungen weltweiter Vernetzung und Globalisierung. Das heisst aber, dass in verschiedener Hinsicht umgedacht werden muss: Zum einen muss von der in Mitteleuropa nach wie vor weitverbreiteten Idee Abschied genommen werden, dass Universitäten immer und ausschliesslich Einrichtungen in staatlicher Trägerschaft sein müssten.

Ich sehe hier vielmehr ein arbeitsteiliges Mischsystem sich am Horizont abzeichnen. Allerdings muss dabei das Denken in engen Konkurrenz-kategorien, das sich bisher vordringlich negativ auf den Anteil am staatlichen Finanzkuchen be-zog, auch positiv auf den inhaltlichen Wettbewerb ausgedehnt werden. Aber in einer Monopol-situation, wie die staatlichen Universitäten sie bisher *de facto* innehaben, lässt sich kaum ein echter, unverzerrter Wettbewerb denken. Da ist es ein Glück, dass es Universitäten in nichtstaatlicher Trägerschaft gibt, finanziert durch private Mittel, eigene unternehmerische Wissens-Dienst-leistungen, Zuschüsse, Spenden und Studien-gebühren. Netzwerkbildung im Sinne von Kon-kurrenz durch Zusammenarbeit zwischen staatlichen und privaten Universitäten heisst hier der Weg der Wahl.

Es müssen Experimente gewagt werden! Hoch-schulübergreifende gemeinsame Studienangebote,

Graduiertenkollegs und *double-degree*-Schemata sollten ebenso wie Forschungsverbünde und Sonderforschungsbereiche nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel sein. Zwar sind bisher gesetzliche Experimentierklauseln, die es erlauben, Modellstudiengänge zu erproben, auf die Medizin beschränkt und auch dort die Ausnahme. Da ist es ein Glück, dass es private Universitäten gibt, die hier etwas wagen und immer neue Modelle er-finden. Universitäten als mutige experimentelle Zukunftswerkstätten heisst der Weg der Wahl.

In einer Zeit, die durch die im erwähnten Sinne vieldimensionale, dialektische Globalisierung ge-kennzeichnet ist, müssen die Universitäten ver-stärkt auf Internationalisierung setzen, staatliche wie private. Auch dabei lassen sich kreative Ver-bundmodelle denken, die bis zum Dozenten-sharing (hochkarätige Gäste aus dem In- und Ausland) oder bis zur Gründung internationaler GmbH in den Bereich der Weiterbildung reichen. Dabei sind ebenfalls eine Reihe unkonventionel-ler Lösungen auszuprobieren, die bisher an den staatlichen Bürokratien scheitern mussten.

Wir haben uns an den Universitäten im deutschsprachigen Bereich zu sehr davor ge-scheut, ein heisses Eisen anzufassen: die fach-übergreifende Persönlichkeitsbildung durch Bil-dung an den Hochschulen. Die rigide Einschrän-kung auf die Vermittlung kognitiver Fähigkeiten und technischer Fertigkeiten führt nämlich weder zu einer wirklichen Berufsqualifikation noch zu einer engeren Bindung der Absolventinnen und Absolventen an «ihre» Universität. Daher sind Modelle, die Persönlichkeitsmerkmale wie Nach-denklichkeit, Kommunikationsfähigkeit und Kreativität fördern, in das Studium einzubeziehen. An den viel grösseren staatlichen Universitäten sind solche Versuche (*Studium Generale*, *Stu-*

dium *Integrale*) bisher gescheitert. Da ist es ein Glück, dass es bereits eine private Universität gibt, die so etwas in grossem Stile (*Studium Fundamentale*) durchführt. Nicht Züchtung von Gehirnakkrobaten, sondern Bildung ganzer Persönlichkeiten heisst hier der Weg der Wahl.

Gewiss, Netzwerkenken und Globalisierung sind Randbedingungen, die die Universitäten und

ihr Selbstverständnis verändern. Aber in einer Richtung, die – wie man leicht sieht – den Gedanken einer durchaus traditionsbewussten Bildung nicht etwa aufgibt, sondern rettet.

* Prof Dr. Walther Ch. Zimmerli lehrt Philosophie an der Philipps-Universität Marburg und ist seit Oktober 1999 Präsident der privaten Universität Witten/Herdecke in Deutschland.

C. W Das Gute liegt nah, scheinen sich die meisten Studienwilligen zu sagen, wenn sie ihren Studienort wählen. Wohl insbesondere aus praktischen und finanziellen, aber auch aus psychologischen Gründen bevorzugen fast 70 Prozent die nachstgelegene Studienmöglichkeit. Bei 65 Prozent liegt die Hochschule maximal eine Eisenbahnstunde von ihrem Herkunftsor entfernt. Ein Wettbewerb unter den Institutionen, wie ihn Bildungspolitiker anstreben (während viele Studiengänge ohnehin überlastet sind), findet insofern noch kaum statt – oder die Angebote gelten eben als ungefähr gleich gut. Die fachlich spezifischen Hochschulen (ETH, St. Gallen) sowie die traditionell «katholische» Universität Freiburg sind indessen weniger regional und auch internationaler als die meisten anderen. Auch diese erfüllen jedoch, umgekehrt betrachtet, weit mehr als eine kantonale Funktion und erhalten daher Beiträge des Bundes und der Herkunfts Kantone der Studenten.